



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

ATOMMACHT EU - eine verdrängte Bedrohung für alle!

Atomenergie ist die bei weitem gefährlichste, umweltschädlichste und auch teuerste Form von Energiegewinnung. Bis heute ist die Entsorgung und (End-)Lagerung des radioaktiven Abfalls **weltweit ungelöst**: die Halbwertszeit einiger strahlender Abfallprodukte beträgt zigtausend Jahre...

Im Falle eines Terrorangriffs stellen Atomanlagen die größte Gefahr für Mensch und Natur dar. Eines der Abfallprodukte, Plutonium, wird als Rohstoff für die Erzeugung von Atombomben „benötigt“. Die einzige Weltmacht, die die Atombombe jemals eingesetzt hat, nämlich die USA in Hiroshima und Nagasaki 1945, hat im Rahmen der NATO (25 der 27 EU-Mitgliedsstaaten sind gleichzeitig NATO-Mitglied) laut seriösen Schätzungen dzt. **nur in Europa 160-200 Atombomben** stationiert.

Nicht zuletzt deshalb spielte die Atomenergie von Anfang an eine große Rolle bei der sogenannten europäischen „Integration“. Nur wenige Jahre nach der Gründung der EGKS (Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl), aus der sich die E(W)G und später die EU entwickelte, wurde nur für die Atomindustrie eine eigene internationale Organisation geschaffen, die EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft).

Der EURATOM-Vertrag, in Kraft getreten am 1.1.1958, sieht in

seiner Präambel unmißverständlich vor, die Voraussetzungen für den Aufbau einer **mächtigen europäischen Atomindustrie** zu schaffen (was auch geschah). Auch Österreich ist seit dem Beitritt zur EU (1995) Mitglied bei EURATOM.

Wir empfehlen daher allen Lesern, das von „Atomstopp Oberösterreich“ organisierte Volksbegehren „Raus aus EURATOM“ von 28.2. bis 7.3. unbedingt in Ihrem Eintragungslokal im Hauptwohnsitzort zu unterschreiben. Bitte versäumen Sie diesen unwiederbringlichen Termin auf keinen Fall! Näheres auf Seite 3.

Leider hat die EU auch noch viele andere schwerwiegende **Defizite** gerade auch im Umweltbereich, wie der **Tierschutzartikel** auf den Seiten 6-7 näher erläutert. Und ganz besonders bei der immer mehr gefährdeten **NEUTRALITÄT** Österreichs durch die neueste Entwicklung im Wehrbereich - siehe unsere **Veranstaltungseinladung** auf der Rückseite.

Unsere Zielsetzung als „Initiative Heimat & Umwelt“ gemeinsam mit der „Initiative für mehr direkte Demokratie“, der Anti-Gentechnik Plattform „Pro Leben“ und der Tierschutzorganisation „Animal Spirit“ ist daher eine umfassende, nämlich für die Forderung

nach einem **Austritt aus der EU insgesamt** einen kräftigen, öffentlichkeitswirksamen „Schub“ herbeizuführen. Dieses Volksbegehren ist erst in der Einleitungsphase.

Alle bisherigen über dreitausend Erstunterzeichner bitten wir um Weitergabe dieser WEGWARTE bzw. der Unterstützungs-Erklärung auf Seite 4 samt Rückseite (absichtlich nicht numeriert) an Freunde/Bekannte/Arbeitskollegen etc. **VIELEN DANK!**

Inge Rauscher, Obfrau der IHU

Zu den Betreibern und Kosten des EU-Austritts-Volksbegehrens

Die „INITIATIVE HEIMAT UND UMWELT“, ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die seit über 20 Jahren Aufklärungsarbeit an der Basis betreibt; unsere Zeitschrift WEGWARTE ist nach der ausdauernden und anspruchlosen Wildpflanze mit ihren schönen blaßblauen Blüten benannt. **Wir stehen keiner Partei und keiner Lobby nahe**, verzichten daher ganz bewußt auf Inserate jeglicher Art und finanzieren unsere Arbeit für die Allgemeinheit ausschließlich aus freiwilligen Kostenbeiträgen österr. Bürger – sonst wären wir nicht wirklich unabhängig. Ein **großes DANKE-SCHÖN** an alle, die dabei bisher bereits – manche in beträchtlichem

Ausmaß – mitgeholfen haben. Dies betrifft vor allem die für echte Bürgerinitiativen schwer zu finanzierenden **Notarkosten**.

Die Bestätigung von Volksbegehrens-Unterschriften dürfen nämlich nicht nur Gemeindeämter/Magistrate vornehmen, sondern auch Notare direkt bei **Aktionstagen** auf öffentlichen Plätzen. Allerdings fallen bei den Notaren (im Gegensatz zu den Ämtern, die ohnehin aus Steuergeldern finanziert werden) beträchtliche Zusatzkosten für die Betreiber von Volksbegehren an. Trotzdem werden wir diese zusätzlichen Unterschriftsmöglichkeiten **vor allem für Berufstätige** im durch Ihre Kostenbeiträge ermöglichten Rahmen so oft wie möglich in den nächsten Monaten anbieten.

Die Einleitungs-Unterschriften („Unterstützungs-Erklärung“) fürs EU-Austritts-Volksbegehren können **bis Jahresende 2011** in den Gemeindeämtern bzw. Stadtmagistraten geleistet werden. Wer sich dieser (leider in Österreich gesetzlich vorgeschriebenen) Mühe bereits unterzogen **hat** – das Volksbegehren läuft seit dem Frühjahr 2010, möge bitte kein zweites Mal unterschreiben gehen, da nur die erste Unterschrift als gültig gewertet wird.

"Get Britain out of the EU"

Unter dieser Parole bertreibt der "Daily Express", eine große englische Tageszeitung, seit kurzem eine massive **EU-Austritts-Kampagne** für Großbritannien. Die Zeitung startete eine große Unterschriftenaktion, die sie als "Kreuzzug für die Freiheit" bezeichnet, mit täglichen Schlagzeilen wie "Why we must break free from the EU dictatorship", "Brussels is a financial disaster" usw. Der EU-Widerstand wächst auch in anderen, selbst großen Staaten, wie dieses Beispiel zeigt. Die laufende britische Kampagne finden Sie auf unserer Internet-Adresse **www.eu-austritts-volksbegehren.at**; Auszüge daraus senden wir Interessierten auch gerne per Post zu.

"EU-AUSTRITT - DENN FREIHEIT IST MEIN BÜRGERRECHT"

VON KARIN KOLLAND:

Ein aktuelles Buch zum Verständnis der Europäischen Union und damit auch der Politik in den Mitgliedstaaten der EU. Es zeigt anhand der einzelnen Artikel des EU-Vertrags, wie darin allgemein anerkannte Grundlagen der Demokratie so ausgehebelt werden, daß es einem Staatsstreich gleichkommt. Gut verständliche Beschreibung, was nach dem Inkrafttreten des "Lissabon-Vertrags" nun Schritt für Schritt auf die Bürger (bei einem Verbleib in der EU!) zukommen wird (447 Seiten in großer, gut leserlicher Schrift). Bestellmöglichkeit zum Preis von € 19,90 plus Porto per beiliegendem Erlagschein; Zusendung per Post.

"DIE LETZEN JAHRE DES EURO"

VON BRUNO BANDULET:

Neues Sachbuch zur Euro-Krise und ihren Ursachen. Geschrieben von einem Währungs-Fachmann, der bereits bei der Einführung die Schwäche der von Politik und Ideologie, nicht aber vom Markt geforderten EU-Einheitswährung offengelegt und begründet hat. Bandulets Herausarbeitung der großen Fehler im Projekt "Einheitswährung" und der von der Euro-Krise ausgehenden Gefahren ist atemberaubend (207 Seiten). Bestellmöglichkeit zum Preis von € 19,95 plus Porto per beiliegendem Erlagschein; Zusendung per Post.

LESERBRIEF

Zu der in der letzten Nummer der Wegwarte publizierten Aufgliederung der **Zahlungen Österreichs an die EU**, vom Bundeskanzleramt übermittelt, eine **ergänzende Klarstellung**:

Auf Grund einer Anfrage, welche ich an den damaligen Bundesminister für Finanzen, Mag. K.H. Grasser richtete, gab dieser die Zahlungen Österreichs bekannt u.zw. **jährlich** gesamt in ATS 33,00 Milliarden, später rund € 2,3 Milliarden in Euro.

Diese müssen **zu Beginn** eines jeden Jahres nach Brüssel überwiesen werden. Zu den **Rückflüssen** teilte Hr. Mag. Grasser mit, daß darüber keine exakten Aufzeichnungen über Höhe usw. vorliegen, da die "Förderungen" über die Bundesländer erfolgen und daher im Ministerium keine Zahlen vorliegen.

Der zu Jahresbeginn zu leistende Betrag erfolgt aus **Steuermitteln**, die Rückflüsse in Form von "Förderungen" gehen aber **nicht** in den Steuertopf zurück, sondern an private, öffentliche oder halböffentliche Einrichtungen. Es wird daher das Budget, also der Steuerzahler, **belastet** und haben die Rückflüsse in Form von "Förderungen" keinen Einfluß auf das Budget und wird dieses daher

auch **nicht entlastet**.

Die Nutznießer der "Förderungen" sind vor allem Firmen, Unternehmen, Großgrundbesitzer, kulturelle Institutionen etc., welche aber wieder, um in den Genuß der "Förderungen" zu kommen, Eigenkapital in unterschiedlicher Höhe beisteuern müssen.

Daher ist unter dem Strich die Höhe der Zahlungen Österreichs an die EU mit ca. € 2,2 Milliarden **jährlich** ein Faktum, welches auch mit noch so vielen Tricks, Wortspielen usw. nicht zu kaschieren ist. Österreich muß den Betrag von 2,2 Mrd. Euro aus dem Budget zur Verfügung stellen und nach Brüssel überweisen. Dies ist die nackte Realität.

Die Politiker, welche immer nur von Zahlungen in Höhe von rd. € 0,5 Mrd. sprechen, unterliegen daher einem Irrtum und **täuschen** nicht nur sich selbst, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger Österreichs, welche mit ihren Steuergeldern andere Länder subventionieren müssen, **zwangsweise**. Dieses Unrecht muß beendet werden!

Mag. Ing. Helmut HOLEZIUS,
1230 Wien, Putzendoplerg. 24
Tel. 0650/667 0678
leu.office@hostprofis.at

VOLKSBEGEHREN RAUS AUS EURATOM

Öffentliche Eintragungswoche 28. Februar bis 7. März 2011

Bitte hingehen und unterschreiben im Eintragungslokal Ihres Hauptwohnsitzortes – ab Vollendung des 16. Lebensjahres!

Sie brauchen dazu kein eigenes Formular mitbringen, nur einen amtlichen Lichtbildausweis; unterschrieben wird auf einer fortlaufenden Liste, und zwar

- an allen Werktagen von 28.2. bis 7.3. in ganz Österreich von **8 bis 16 Uhr** durchgehend, an jeweils 2 Tagen davon **bis 20 Uhr** (diese sind örtlich unterschiedlich, in Wien z.B. am Do., 3.3. und am Mo., 7.3.).

- sowie am **Samstag**, 5., und **Sonntag**, 6. März (in ganz Österreich verpflichtend) in den größeren Gemeinden von **8 bis 12 Uhr**, in den Gemeinden unter 2.500 Einwohnern nur an jeweils **2 Stunden** (örtlich unterschiedlich).

- Genaue Auskunft darüber für ganz Österreich erteilt das Innenministerium unter **www.bmi.gv.at/volksbegehren** oder Tel. (01) 531 26/2503 ab ca. Mitte Februar.

In den kleineren Gemeinden ist das Eintragungslokal jeweils das Gemeindeamt, in den größeren gibt es meist mehrere Eintragungslokale, die den Amtstafeln der Gemeinde bzw. deren Internet-Adressen zu entnehmen sind.

Warum RAUS aus EURATOM?

Weil in Österreich laut Meinungsumfragen aus dem Jahr 2008 **78% der Bevölkerung** einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag – der Mitgliedschaft bei der Europäischen Atomgemeinschaft – wünschen.

Weil es den österr. Volksvertretern auch nach 15 Jahren Mitgliedschaft bei der EURATOM **nicht** gelungen ist, dort mitzureden, geschweige denn dadurch Anti-Atompolitik auf europäischem Niveau voranzutreiben – ganz im Gegenteil!

81% der Österreicher lehnen es ab, daß Österreich bei einer Gemeinschaft zahlendes Mitglied ist und weiter sein soll, die dezidiert den **Aufbau einer mächtigen europ. Atomindustrie als Ziel** verfolgt und damit quasi die Legiti-

mation für Staaten wie Tschechien, die Slowakei, Deutschland oder Italien liefert, weitere Atomkraftwerke zu bauen, Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern oder überhaupt neu in die Nutzung der Atomenergie einzusteigen.

Jedwede Bemühung um eine Reform des EURATOM-Vertrages ist bis dato gescheitert. Konnte im Jahr 2004 noch die konkrete Summe des **jährlichen österr. Beitrages an EURATOM mit 40 Millionen Euro** (über 550 Millionen, also eine halbe Milliarde ÖS) beziffert werden, so ist seit der **Verdreifachung** der EURATOM-Mittel im 7. EU-Rahmenforschungsprogramm davon die Rede, daß EURATOM kein eigenes Budget habe und man daher den österr. Beitrag nicht mehr eruieren könne...

Der österr. Umweltminister zögerte auch nicht, im Sommer 2010 seine Zustimmung für **zusätzliche 1,4 Milliarden Euro** für die Finanzierung des Kernfusionsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) zu geben. Im Jahr 2004 wurden unter österr. Beteiligung EURATOM-Kredite zur Fertigstellung des rumänischen Atomkraftwerkes Cernavoda genehmigt.

Deshalb haben sich mittlerweile **86 Organisationen/Vereine/Unternehmen** aus dem Bereich Antiatom/Umwelt/Ethik/Erneuerbare Energien der Forderung nach einem Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag angeschlossen. Die Diözese Linz und die Evangelische Kirche A.B. in Oberösterreich stehen der Kampagne „Raus aus EURATOM“ positiv gegenüber. In allen neun Landtagen Österreichs wurde die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM kritisch hinterfragt, in mehr als **170 Gemeinden** wurden Resolutionen verabschiedet, in denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, die erforderlichen Schritte für einen Ausstieg aus EURATOM zu setzen.



Seit 2008 wurden im Nationalrat **elf (!) Anträge der Opposition** auf Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag eingebracht. Alle Anträge wurden entweder überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen, vertagt oder abgelehnt.

Das RAUS aus EURATOM-Volksbegehren strebt in diesem Sinne eine **Volksabstimmung** über den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag an.

Mit welchen „Argumenten“ die Bundesregierung dies bisher ablehnte und eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen steht seit 2009 als PDF auf **www.raus-aus-euratom-at** zur Verfügung; eine gedruckte Version davon (24 Seiten) können wir auf Wunsch gerne zusenden.

Alle obigen Aussagen sind den offiziellen Einreichungsunterlagen von „**Atomstopp Oberösterreich**“ (die eigentlichen Antragsteller) beim Innenministerium entnommen.

Warum der internationale Umweltkonzern „Greenpeace“ mit Büro in Brüssel und Teile der „Grünen“ dieses Volksbegehren **nicht** unterstützen, darüber möge sich jeder seine eigenen Gedanken machen.

Die „Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU“, die ein darüber hinausgehendes Volksbegehren betreibt (siehe umseitig), ruft jedenfalls mit ganzem Herzen **auch** zur Unterzeichnung des Volksbegehrens „Raus aus EURATOM“ auf. Wir werden zu diesem Zweck mehr als zwei Wochen hindurch tägliche Info-Stand-Kundgebungen in drei Bundesländern durchführen und ersuchen alle Leser um möglichst große Verbreitung dieser Seite samt Rückseite in Eigenregie.

Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

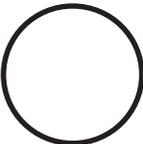
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung]	
AUSTRITT aus der Europäischen Union		
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungs- willigen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift	

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindegel	Unterschrift	
			

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Warum ist die EU-Skepsis so groß?

von Dr. Harald Fiegl

Das kommt zweifelsohne daher, daß die EU ihr **Versprechen**, ein Raum von Sicherheit, Freiheit, Wohlstand und Recht, also ein einmaliges Friedensprojekt zu werden, nicht eingehalten hat und auch nicht einzuhalten bemüht ist. Sie ist weiterhin keine **Wertegemeinschaft**.

Die vorgegebenen Ziele werden nicht oder nur halbherzig angestrebt, dafür befindet sich die EU seit Jahren in einem Erweiterungs-taumel ohne Ende. Das krassste Beispiel dieser Politik ist die **Vollmitgliedschaft der Türkei**.

Auch wenn die europäische Bevölkerung **mehrheitlich** – in Österreich sind es laut der aktuellen Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik* 69 % - einen solchen Beitritt **ablehnt**, läuft der Beitrittsprozess unaufhaltsam weiter. Die EU hat mit der Türkei 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen, an deren Ende der Beitritt stehen wird.

Dies geht daraus schlüssig hervor, daß die Verhandlungen begonnen wurden, obwohl **die Voraussetzungen dafür nicht gegeben** waren. Das sind die sog. „Politischen Kriterien“. Diese verstehen sich als die europäischen Werte von Demokratie und persönlichen Freiheiten. Ebenso ist konfliktfreies Verhältnis zu den Nachbarn erforderlich.

Nun hat der aktuelle „Fortschrittsbericht“ wiederum die sattsam bekannten **Defizite** der Religionsfreiheit, der Pressefreiheit, des Minderheitenschutzes und der Besetzung von Zypern angeführt. Dies wären gute Gründe, die Verhandlungen abzubrechen.

Solange weiter verhandelt wird, sieht die Türkei keinen Grund, die Forderungen zu erfüllen. Wohl aber verlangt sie immer vehementer die Einlösung des Versprechens. Sie wird also demnächst Vollmitglied sein, ohne die Voraussetzung dafür zu erfüllen und auch ohne jegliche Absicht, dies jemals zu tun. Dafür wird sie aber mit Unnachgiebigkeit der **EU den türkischen Stempel aufdrücken**.

Befürworter eines Beitritts und die Türkei selbst bringen in der Diskussion um einen Beitritt auch stets die folgenden „geradezu zwingenden

Argumente“ ein: Die EU braucht die Türkei wegen des prosperierenden Marktes und wegen der Energieversorgung. Die EU kann ohne ein Mitglied Türkei nicht existieren.

Die **türkische Wirtschaft** weist überdurchschnittliche Wachstumswerte auf. Die Türkei ist Mitglied der G 20. Zweifels- ohne gute Indikatoren für wirtschaftliche Bedeutung. Nun ist aber nicht zu vergessen, daß in Zeiten der Globalisierung die isolierte Betrachtung eines Landes zu verzerrten Schlüssen führen kann.

Das trifft sicherlich in hohem Maße für die Türkei zu, da sie wegen niedriger Arbeitskosten – der Fortschrittsbericht spricht von großer **Arbeitslosigkeit** und sogar von **Kinderarbeit** - viel **ausländisches Kapital** angezogen hat, um dort nicht nur für den heimischen, sondern auch den Exportmarkt zu produzieren.

Tatsächlich können Marktchancen oft nur über die Finanzierung wahrgenommen werden. Das **Risiko** in der Türkei bleibt erheblich. Transparency International sieht **Korruption** als ein besonders großes Hemmnis für die Geschäftsbeziehungen. Die Türkei ist einer der größten **Schuldner** des IMF, Patentschutz und Rechtsdurchsetzung sind ungenügend.

Mit anderen Worten, das Argument Wirtschaft entspringt den Interessen des die ganze Welt bestimmenden **Großkapitals**, das auf der weltweiten Suche nach den jeweils günstigsten Produktionsbedingungen ist. Für die Bevölkerung ist dies ohne generellen Nutzen. Zu vergessen ist auch nicht die allgemeine Ratlosigkeit, die die westliche Wirtschaft erfaßt hat.

Die **Energieversorgung** Europas wird durch die Pipeline NABUCCO keineswegs sicherer. Warum soll angesichts des türkischen



Aufklärungsarbeit in vielen Gegenden Österreichs, hier im Stadtzentrum von Innsbruck.

egozentrischen Auftretens in den EU-Verhandlungen mit einer besonderen EU-Loyalität in der Energieversorgung zu rechnen sein?

Die Äußerungen des türkischen Botschafters in Wien sind ein klares Spiegelbild des türkischen Anspruchsdenkens. Keine verirrte Einzelmeinung, sondern eine türkische Drohung an alle, die Skepsis gegenüber der Türkei und den Türken zeigen. Auch Ministerpräsident Erdogan hat 2008 in Köln ähnlich klingende Worte gewählt. Ziel der türkischen Außenpolitik ist ja auch die Wiedererrichtung des osmanischen Reichs. Dieses neue „osmanische Reich“ wird durch **türkische Vorherrschaft in der EU** und durch Islamisierung des europäischen Lebens geprägt sein.

All jene, die sich diese Zukunft nicht wünschen, können mit ihrer Unterschrift unter das EU-Austritts-Volksbegehren ein Zeichen setzen.

Dr. Harald FIEGL verfügt über 11-jährige Berufserfahrung in der Türkei und ist damit Zeitzeuge für die Entwicklung der Türkei von einem säkularen zu einem religiösen Staat. Er war 1960-61 Handelslehrer an einer österr. Schule, 1963-67 Mitarbeiter der Außenhandelsstelle der österr. Wirtschaftskammer in Istanbul, 1985-92 Leiter der Außenhandelsstelle Istanbul. Seither wiederholte Reisen in die Türkei, laufende Verfolgung der Berichterstattung. Kontakt: Tel. 0676/957 22 10, e.h.fiegl@aon.at

* Die GfE ist eine der Industrie nahestehende Gesellschaft, die seit vielen Jahren für die EU wirbt. Anmerkung der Redaktion.

EU: STATT TIERSCHUTZ TIERNUTZUNG OHNE GRENZEN!

von Dr. Fanz-Joseph Plank, ANIMAL SPIRIT

Zweite Hälfte eines in der letzten WEGWARTE begonnenen Artikels.

Konsequente Tierschützer haben schon immer vor einem EU-Beitritt Österreichs gewarnt. Kurz nach dem Anschluß sind alle Prophezeiungen der EU-Kritiker eingetreten und sämtliche Lügen der EU-Propagandawalze aufgefliegen. Man kann beim Tierschutz - wie auch beim Umweltschutz - sehr wohl auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, aber **die EU ist nicht Europa**: sie ist ein undemokratisches, zentralistisches und selbtherrliches Machtsystem der Großbanken, Großkonzerne, Generäle und nicht vom Volk gewählter Kommissare, mit dem sich die Bürger Europas immer weniger identifizieren können. Die Schweiz, deren aufgeweckte Bevölkerung aus gutem Grund niemals der EU beitreten wollte, ist das beste Beispiel für eigenständige, teilweise vorbildliche Gesetzgebung, wo wirklich noch eine direkte Demokratie möglich ist.

Beispiel Schweinehaltung:

Die gute Nachricht: Das EU-weite Aus für die grausamen Kastenstände für trüchtige Sauen, die gerade so groß sind wie die Tiere selbst. Somit müßten Mutter-schweine wenigstens für 12 ½ Wochen ihrer Schwangerschaft in Gruppen gehalten werden.

Die schlechten Nachrichten: Diese Richtlinie tritt erst ab 1. Jänner 2013 in Kraft! Das bedeutet weitere 2 Jahre x 7 Millionen (Sauen) = 14 Millionen weitere Schweinejahre unermeßliches Leiden in körpergroßen Metallkäfigen, genannt "eiserne Jungfrauen". Und zudem gilt das Verbot erst für Sauen ab der 5. Trächtigkeitswoche und auch nicht im Abferkelstand nach der Geburt. Nicht einmal die Kompromiß-Forderung der Tierschützer, während der ersten 4 Wochen der Schwangerschaft wenigstens Stände vorzuschreiben, wo zumindest ein Umdrehen möglich wäre, wurde von den Landwirtschaftsministern, darunter auch Österreich, erfüllt.

Fazit: Der weitaus größte Teil der „Nutztiere“ wird in einer ihren Bedürfnissen und angeborenen Verhaltensweisen entgegenste-

henden tierschutzwidrigen Weise gehalten. Die ab 2007 wirksam gewordene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ermöglicht zwar die Chance der stärkeren Berücksichtigung des Tierschutzes, doch obliegt die Ausführung den Mitgliedstaaten, und bis jetzt wurde unterschiedlicher und ungenügender Gebrauch von den finanziellen Anreizen zur Verbesserung des Tierschutzes gemacht.

Die **Osterweiterung** verursacht neue Probleme, z.B. durch den Wegfall der bisherigen Grenzkontrollen, durch die längeren Transportwege innerhalb der EU. Einigungen zugunsten des Tierschutzes sind angesichts der größeren Zahl der Mitgliedstaaten und der besonderen Vernachlässigung des Tierschutzes in den Beitrittsländern **noch schwieriger** geworden.

Weil immer wieder über tierschutzwidrige Zustände größten Ausmaßes in den EU-Ländern berichtet wird (wie millionenfacher Vogelmord auf Malta, Zypern und in Italien, Gänserrupfen bzw. -stopfen in Ungarn an lebenden Tieren oder die tragische Situation, die in einem „Tierauffanglager“ in Nitra/Slowakei herrscht), stellt sich die Frage, ob eine Mitgliedschaft in einem zentralistisch dirigierten Staatenverbund, wo echter Tierschutz absolut keine Rolle spielt, noch sinnvoll ist und inwieweit nicht wenigstens auf nationaler Ebene bessere Tierschutzgesetze (Beispiele Legehennen- oder Pelztierhaltung) durchgesetzt werden können.

Zwangsimpfungen:

Im Herbst 2008 hat die damalige ÖVP-„Gesundheits“-Ministerin Andrea Kdolsky - kurz vor ihrem endgültigen Abgang - noch schnell eine von EU und Pharmaindustrie „beauftragte“ Verordnung unterschrieben: die flächendeckende Zwangsimpfung sämtlicher Wiederkäuer in Österreich gegen eine **erfundene**, nicht existente „Seuche“, die sog. Blauzungen-Krankheit. Kostenpunkt: 25 Millionen Euro unserer Steuergelder! Die Behörden, allen voran die Amtstierärzte, übten monatelang

einen immer stärker werdenden Druck auf Landwirte und Hobby-Tierhalter aus, bei Verweigerung wurden sie mit Strafen bis zu 6.000,- € bedacht sowie mit einem Verbot des Almauftriebs aller ungeimpfter Tiere! Ein in der 2. Republik einmaliger Versuch der Brüssel-abhängigen Behörden, auf Kosten von Millionen von Tieren und Tausender Bauern einen **riesigen Gratis-Feldversuch für die Pharmaindustrie** durchzupfeitschen. Und das, obwohl sich die (offiziell geleugneten) Berichte über die gesundheitlichen Folgen für die Tiere - bis hin zu Todesfällen - immer mehr häuften. So gab es vermehrt Probleme bei trüchtigen Tieren, wo es sehr oft zu Aborten, Verwerfungen oder Totgeburten kam, da der Organismus während der Trächtigkeit in einer besonders empfindlichen Phase ist.

Tiertransporte:

Der damalige Verkehrsminister Viktor Klima hat den Österreichern vor der Volksabstimmung zum EU-Anschluß eingeblutet, daß mit dem 1994 beschlossenen österr. Tiertransportgesetz-Straße die internationalen Tiertransporte der Vergangenheit angehören würden. 1995 - zeitgleich mit dem Anschluß an die EU - haben sie erst so richtig begonnen, das Gesetz wurde de facto nie wirklich exekutiert. Jetzt ist der Ex-SPÖ-Kanzler Klima VW-Chef von Südamerika und durch Österreich rollen **so viele** internationale Tiertransporter **wie niemals zuvor**...

Denn aufgrund mehrerer Klagen der Frächter-Lobby kam es 1999 zu einem skandalösen EuGH-Entscheid, der uns unser vorbildliches Tiertransportgesetz quasi „overruled“ hat. So wurde unser damaliges gutes Gesetz, das Tiertransportgesetz-Straße, vom EuGH de facto aufgehoben, da es **dem obersten EU-Prinzip des freien „Waren“-Verkehrs** widersprach. Die Folge: Die (zu 2/3 illegalen oder zumindest zu beanstandenden) Tiertransporter fahren tagtäglich - v.a. auch seit Inkrafttreten von Schengen - noch viel unkontrollierter durch unser Land und können nun nicht

einmal von Tierschützern aufgehalten werden, weil sie nirgends mehr stehen bleiben müssen. Dazu kommt die **Aufhebung des LKW-Transitvertrages durch die EU**.

Während vor dem EU-Beitritt der Transit von Klauentieren auf Österreichs Straßen (wegen der Seuchengefahr) generell verboten war und zudem die Grenzen durchgehend mit **Grenztierärzten** versehen waren, rollen seit

um die notwendige Versorgung der Tiere sicherzustellen und um verletzten oder nicht mehr transportfähigen Tieren wirksam zu helfen. Erforderlich wäre eine 24-stündige Entladung aller Tiere an den Außengrenzen. **Je größer also die EU, desto länger die unkontrollierten Tiertransporte, selbst in den „Binnengrenzen“.**

Auch bei der EU-Tiertransport-VO 2007 wurde kein wirklicher

erst 2010 in Kraft getretene Vogelschutz-Richtlinie wird von ca. 12.000 Vogel-Jägern und 4.500 Vogelfängern allein auf Malta ignoriert. Ähnlich ist es auf Zypern und Kreta sowie in Italien.

Aber **auch in Österreich** ist es nicht viel besser: Denn auch da, wo die EU theoretisch Druck auf Österreich ausüben könnte, um anachronistische Bräuche, wie z.B. den Waldvogelfang im Salzkam-

„Die EU ist nicht die Verkörperung der europäischen Idee, sondern deren Perversion.“ Dr. F. J. Plank

dem 1.1.1995 sämtliche internationalen Lebendtiertransporter ungehindert und v.a. großteils unkontrolliert durch unser Land. Eine der Folgen dieser **ungehinderten und unkontrollierbaren** Tiertransporte war die rasante Ausbreitung der MKS (Maul- und Klauenseuche), aber auch immer wieder Fälle von Schweinepest und Vogelgrippe.

Zudem gibt es seit damals nahezu ungehinderte **Importe von lebenden Schlachttieren** (v.a. Schweine aus Holland, Belgien, Deutschland), um dann als „österreichisches Qualitätsfleisch“ in unseren Supermarktregalen zu landen.

Mit dem Beitritt der neuen Staaten entfielen zudem für den Warenverkehr, somit auch für Tiertransporte, ab dem 1. Mai 2004 zwischen diesen Staaten und der „alten“ EU die bisherigen Kontrollen an den Ostgrenzen Deutschlands, Österreichs und Italiens, wodurch sich die Leiden, die diese Transporte für die Schlachttiere mit sich bringen, noch mehr vergrößerten. Die **Auflösung** der vorher bestehenden **Grenzveterinär-Kontrollstellen** ist besonders nachteilig, weil die aus Polen oder Tschechien kommenden Tiere bei der Einreise nach Deutschland oder Österreich bereits mehrere Stunden oder Tage unterwegs waren. Hinzu kommt der geplante Stellenabbau bei Polizei und Grenzveterinären, obwohl selbst bei gleichbleibendem Personalstand die Kontrollintensität nicht beibehalten werden kann.

Bezüglich der neuen östlichen Außengrenzen der EU ist noch ungeklärt, ob und wann an den zahlreichen neuen Übergangsstellen die erforderliche Infrastruktur vorhanden sein wird,

Fortschritt in der nach wie vor unerträglichen Situation bei den internationalen Lebendtransporten beschlossen. So wurde z.B. **keine** dringend notwendige Transportzeitbeschränkung, **noch** eine Verringerung der Ladedichten durchgesetzt: Rinder, Schafe und Ziegen, inklusive Jungtiere, dürfen **bis zu 29 Stunden** transportiert werden, Pferde und Schweine 24 Stunden. Nach entsprechenden Pausen dürfen sie theoretisch (und meist auch in der Praxis) **unendlich lang** weitertransportiert werden. So wurden von „Animals Angels“ Pferdetransporte von Weißrussland nach Sardinien **über 5 Tage** beobachtet und begleitet, Schafe von Spanien nach Griechenland **über 4 Tage** und Bullen von Deutschland in den Libanon mit **bis zu 8 Tagen** (!) Dauer. Überladungen gab es bei allen Tierarten mit bis zur doppelten Anzahl der erlaubten Ladedichte! Offizielle Kontrollen existieren EU-weit so gut wie nicht, genauso wenig wie ausreichende Labestationen zum Abladen und Versorgen. Strafen – wenn denn überhaupt einmal verhängt bzw. exekutiert – werden meist aus der „Portokasse“ bezahlt...

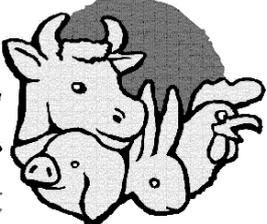
Wildtierschutz:

Die bereits 1979 erlassene aber

mergut, zu verbieten, mißt sie mit zweierlei Maß: Während es hierbei zwar zu einer – bislang wirkungslos gebliebenen - Rüge der EU an Österreich gekommen ist, sieht sie bei unvergleichlich größeren Tiermorden, wie dem grausamen Fang und Abschluß von **jährlich Millionen von Singvögeln** im (großen) Italien, tatenlos zu.

Und jetzt erklärte auch noch letzten April die UNESCO den anachronistischen und tierquälerischen Vogelfang im öö. Salzkammergut zum "immateriellen Weltkulturerbe". Tierschützer waren darüber österreichweit empört, denn durch diese Entscheidung wurde nun unter dem Deckmantel des "Kulturerbes" das Leid der Tiere auch noch „abgesegnet“!

Seit November 2009 gibt es immerhin in der EU ein Einfuhrverbot für Robbenerzeugnisse, doch dies ist wieder mit etlichen Ausnahmen versehen. Treibnetze sind durch EU-Recht zwar seit 2002 verboten, das wird jedoch z.B. von Italien nicht realisiert (2009 erging an Italien eine Aufforderung durch den Europäischen Gerichtshof, jedoch bislang ohne Sanktionen). Ähnliches gilt für Spanien wegen deren Verletzung der Zoo-Richtlinie, die bislang nicht durchgesetzt wurde.

Animal Spirit 
Zentrum für Tiere in Not

Dr. Franz-Joseph PLANK, "ANIMAL SPIRIT"/
Zentrum für Tiere in Not, 3053 Laaben, Am Hendlberg
112, Tel. 02774/29330, Fax 29331, E-Mail: office@
animal-spirit.at, Spendenkonto: PSK 75.694.953,
www.animal-spirit.at

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend
zum Thema

WEHRPFLICHT JA ODER NEIN ?

am **Donnerstag 10. März 2011, um 19 Uhr**

in **WIEN** im "**KOLPINGHAUS ALSERGRUND**"

9. Bezirk, Liechtensteinstraße 100

Nähe U-4/U-6 und S-40 Station "Spittelau",
Nähe Franz-Josefs-Bahnhof, D-Wagen Station "Augasse", U-6-Station "Nussdorferstraße"

Eintritt:
freie Spende

Es spricht:

Günter HOCHAUER

Generalmajor i.R., Präsident der n.ö. Offiziersgesellschaft

Veranstalter: Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU

ACHTUNG! Von 18:30 bis 19:30 Uhr wird ein **NOTAR** unmittelbar im Veranstaltungs-Saal anwesend sein, um Unterstützungs-Erklärungen für das **EU-Austritts-Volksbegehren** von Besuchern - falls gewünscht - entgegenzunehmen. Sie ersparen sich damit den Amtsweg = Service der Veranstalter vor allem für **Berufstätige!** Bitte amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen (Paß, Führerschein oder Personalausweis). Bis 20 Uhr sind Getränke auf Selbstbedienung beim Espresso erhältlich.

Die "umfassende **Landesverteidigung** zur Bewahrung der **Unabhängigkeit** nach außen, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der **immerwährenden Neutralität**", ist in der österreichischen Bundesverfassung festgelegt. Gemäß § 9.a gehören dazu "die **militärische**, die **geistige**, die **zivile** und die **wirtschaftliche** Landesverteidigung."

Wie weit sich Politiker und Medien durch den EU-Beitritt mit allen Folgewirkungen bereits von diesen Fundamenten des Staates entfernt haben, kann jeder Bürger erkennen, der sich nicht von schönfärberischen Verschleierungs-Formulierungen täuschen läßt.

Vor dem Hintergrund der **weiteren Zerschlagung** der Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs ist auch die losgetretene Debatte um die **Abschaffung** der allgemeinen Wehrpflicht und damit einer vom ganzen Volk getragenen Landesverteidigung zu sehen.

Die Propagandisten eines solchen Schritts mit weitreichenden Langzeitfolgen nehmen den damit einhergehenden **Verfassungsbruch** bedenkenlos in Kauf. Die Bundesverfassung enthält auch die Wehrpflichtigkeit aller männlichen Staatsbürger bzw. bei deren Verweigerung aus Gewissensgründen die Verpflichtung zur Leistung eines Ersatzdienstes (Zivildienst).

Wie gut sich ein wehrbewußter neutraler Kleinstaat umgeben von Großmächten seit Jahrhunderten selbst behaupten kann, zeigt **die Schweiz**. Sie hat den historischen Beweis erbracht, trotz ständiger Bewaffnung eines der **friedliebendsten** Länder auf unserem Planeten zu sein, wie der angesehene US-amerikanische Völkerrechts-Experte Prof. Alfred de Zayas vor kurzem in einem Interview feststellte. Die Verantwortung für die eigene Identität, die Kultur, die Seele eines Landes kann nur **durch alle Bürger gemeinsam** wahrgenommen und nicht an irgendwelche "Profcliquen" übertragen werden!

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
01. Februar 2011

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

WEGWARTE 21. Jahrgang, Folge 1, Februar 2011

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer